Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 15 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe — Donnerstag, 9. Januar

Anzeigenpreis: Einspaltige Inserenten je Zeile 75 Pfg., auswärtige je Zeile 85 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Besetzung der Halleschen Zeitung

Gestern abend gegen 7½ Uhr erschien in der „Halleschen Zeitung" ein Trupp Soldaten in Stärke von etwa 30 Mann, um im Auftrage des Hallescher Arbeiter- und Soldatenrates die Räume der „Halleschen Zeitung" nach Flugblättern der Deutschnationalen Volkspartei zu durchsuchen, welche die Sozialdemokratie in aufhetzerischer Form angegriffen haben sollen. Die vorgefundenen Flugblätter wurden beschlagnahmt und die Druckplatten unbrauchbar gemacht. Die „Hallesche Zeitung" sollte von heute früh ab als „Rote Fahne" erscheinen, wogegen Verlag und Redaktion entschiedenen Protest einlegten. Es wurde mit Ausnahme des Chefredakteurs niemand aus den Räumen der Zeitung herausgelassen und über den Verlagsdirektor Poetzsch die Schutzhaft verhängt. Nach längeren Verhandlungen mit dem Führer der Spartakusgruppe, dem Genossen Schönlank, wurde der Zeitung zugesichert, weiterhin unter ihrem bisherigen Namen zu erscheinen. Genosse Schönlank setzte sich im besonderen dafür ein, daß im gesamten Betriebe der Zeitung nichts zerstört und alles vermieden würde, was die ungestörte Arbeit in der Redaktion und im technischen Betriebe irgendwie hindern könnte. Darauf erteilte Genosse Schönlank der Geschäftsleitung einen Druckauftrag zur Anfertigung eines Flugblattes in einer Auflage von 30 000 Exemplaren, das in der Nacht gedruckt werden und morgens von 5 Uhr ab am Bahnhof zur Verteilung gelangen sollte. Das Flugblatt wurde nur unter der Bedingung gedruckt, daß es als Druckauftrag angesehen würde, der nach den ortsüblichen tariflichen Sätzen ausgeführt und gegen Rechnungserteilung an die Kommunistische Arbeiterpartei (Spartakusbund), Ortsgruppe Halle, geliefert werden sollte.

Gegen 11 Uhr wurde an die in unserem Hause befindlichen Truppen, welche auch die Telefonleitungen besetzt hatten, scharfe Munition verteilt, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, daß sich gegen hundert bewaffnete Offiziere gegen die Spartakisten im Anzuge befänden. Von dem gesamten Personal unserer Zeitung wurde von den Spartakisten niemand belästigt oder angegriffen. Während diese Zeilen in Druck gehen, dauert die Besetzung der Zeitung durch die Spartakusleute noch an. Die Zahl der Besatzung war mittlerweile auf etwa 50 Mann angewachsen. Die Leute wurden auch mit Handgranaten versehen, und am Riebeckplatz waren Maschinengewehre gegen die heranziehenden Truppen aufgestellt. Ob es zu Kämpfen kommen würde, war bei Schluß der Redaktion noch nicht abzusehen.

*

Andauernde Plänkeleien und Kämpfe

Berlin, 8. Januar.

Die Nacht ist in Berlin ruhig verlaufen. Heute in den ersten Morgenstunden zwischen 4 und 5 Uhr sind von dem Vororte Halensee her über den Kurfürstendamm geschlossene Formationen regierungstreuer Truppen unter heftigem Gewehrfeuer in die Stadt eingezogen, von der Bevölkerung mit dem Gefühl wahrer Erlösung begrüßt. Die Truppen sind gegenwärtig an der Arbeit, um den Spartakusleuten die widerrechtlich besetzten Gebäude zu entreißen.

Berlin, 8. Januar.

Um ½12 Uhr entwickelte sich auf der Vorderseite des Reichskanzlerpalais und am Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße ein Feuergefecht, bei dem auf beiden Seiten Artillerie in Tätigkeit trat. Auch am Stettiner Bahnhof und am Lehrter Bahnhof kam es zu Schießereien, über deren Umfang noch nichts Genaueres bekannt ist. Durch die Leipziger Straße zog ein großer Demonstrationszug mit Plakaten, auf denen eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien verlangt wird. Verschiedene große Firmen in der Leipziger Straße wurden vom Vollzugsrat telephonisch aufgefordert, im Interesse der Sicherheit ihrer Angestellten ihre Geschäfte zu schließen.

Blutige Kämpfe spielten sich im Laufe der Nacht auch am Anhalter Bahnhof ab, in dessen Nähe sich die Druckerei des Spartakusbundes befindet. Die Versuche seitens der Spartakisten, den Bahnhof zu besetzen, wurden von Regierungstruppen mit Hilfe von Soldaten, die gerade von auswärts eintrafen, abgeschlagen. Die Verluste der Spartakusleute sollen erheblich sein. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde an vielen Stellen der Stadt lebhaft gefeuert.

Gegen ½11 Uhr eröffneten die Spartakisten am Brandenburger Tor, das in der Nacht von Regierungstruppen unter Führung des Mehrheitssozialisten Kuttner genommen worden war, eine lebhafte Schießerei, die verschiedene Tote und Verwundete zur Folge hatte. Die auf den Dächern der Reichskanzlei befindlichen Regierungstruppen bestrichen in der Richtung Unter den Linden, in denen sich die Spartakusleute aufhielten, und die Wilhelmstraße dauernd mit Maschinengewehrfeuer, sobald sich jemand dem Regierungsgebäude näherte. Um 11½ Uhr schwoll das Feuer stark an; namentlich in der Nähe des Brandenburger Tores, das ebenso wie die angrenzenden Häuser der Südseite der Straße Unter den Linden noch von Regierungstruppen besetzt ist. Die Spartakusanhänger dagegen haben die Dächer in der Dorotheenstraße in der Nähe der Kriegsakademie mit Maschinengewehren besetzt. Bei den dauernden Kämpfen gab es Tote auch unter den Passanten. Gegen 11 Uhr eröffneten die Spartakusleute einen heftigen Angriff auf die Rückseite des alten Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei vom Tiergarten her. Bald darauf fielen auch in der Wilhelmstraße die ersten Schüsse. Die Häuser in der Charlottenstraße, in der das Wolffsche Telegraphenbüro liegt, sind stark beschädigt. Große Blutlachen waren heute noch auf dem Bürgersteig zu sehen. Die Kämpfe haben in den Nachmittagstunden an Heftigkeit zugenommen und gehen weiter fort.

Spartakusbund will mit der Regierung verhandeln

Berlin, 8. Januar.

Heute vormittag tagte im Herrenhaus der Zentralrat mit den Obleuten des Spartakusbundes. Dieser hatte während der Nacht Unterhandlungen mit der Regierung nachgesucht. Diesem Verlangen konnte aber nicht stattgegeben werden, zumal man sich kein positives Ergebnis einer nächtlichen Tagung versprechen konnte. Wie es scheint, ist die Versorgung der bolschewistischen Truppen ungenügend. Sie haben zwar das Proviantamt in der Köpenicker Straße und die Militärbäckerei besetzt, doch fehlt es ihnen infolge der Absperrung an Fahrzeugen, um diese Nahrungsmittel abzutransportieren.

Berlin, 8. Januar.

Auch heute sind nur wenige Zeitungen erschienen. Von den Blättern, die bisher von den Spartakusleuten besetzt waren, ist keine freigegeben worden. Die geistigen Verhandlungen zwischen der Regierung und der Gegenpartei haben zu keinem Ergebnis geführt. Nach der „Freiheit" sollen sie heute vormittag 10 Uhr wieder aufgenommen werden. Es handelt sich im wesentlichen um die Forderung, daß die von den Spartakusleuten besetzten Gebäude wieder geräumt werden und die Pressefreiheit wiederhergestellt wird. Während der Nacht kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Schießereien. In den ersten Morgenstunden fand ein scharfes Feuergefecht zwischen Anhängern der Regierung und den Spartakusleuten, welche das Wolffsche Telegraphenbüro besetzt halten, statt. Dabei verloren die Anhänger der Regierung vier Tote. Der Straßenbahnverkehr ist vollkommen eingestellt. Die Straßenbahnangestellten sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Bei der Eisenbahn ruht der Fernverkehr. Dagegen wird der Vorortverkehr und der Verkehr auf der Untergrundbahn aufrechterhalten. Die „Freiheit" fordert die Unabhängigen und die Spartakisten auf, sich in den Vormittagsstunden wieder wie gestern in der Siegesallee zu versammeln. Die gestern von den Spartakusleuten besetzt gewesene „Deutsche Allgemeine Zeitung" ist heute wieder erschienen.

Spartakisten in Thüringen

Weimar, 8. Januar.

Eine offene Anfrage an Herrn Baudert richtet die „Weim. Zeitung": mit folgendem:

Ist es der Weimarischen Staatsregierung bekannt, daß sich etwa 80 Matrosen in Weimar befinden, die von der Spartakusgruppe Berlin nach hierher beordert sind, um Propaganda in ihrem Sinne zu treiben?

Die Anwesenheit der Leute hat in weiten Kreisen der Bevölkerung erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Am Neujahrstage erbielt sich z. B. hartnäckig in der Stadt das Gerücht, daß Demonstrationen in großem Stil geplant seien. Nach den vortrefflichen Erfahrungen, die man mit der „politischen Aufklärungsarbeit" in anderen Städten gemacht hat, waren bereits hiesige Bürger, insbesondere Geschäftsleute, um ihr Eigentum in großer Sorge. Was gedenkt Herr Baudert zur Beruhigung der Bevölkerung zu tun?

„Pressefreiheit"

Dortmund, 8. Januar.

Die „Westfälische Allgemeine Volkszeitung", die gestern abend von Spartakusleuten besetzt worden war, ist heute früh 3 Uhr von der hiesigen Sicherungswehr zurückerobert worden, ohne daß dabei ein Schuß fiel. Die Zeitung ist heute früh wieder als Organ der Mehrheitssozialisten erschienen.

Düsseldorf, 8. Januar.

Im Anschluß an eine gestern abend abgehaltene Versammlung des Spartakusbundes wurden die Redaktionen und Druckereien der „Düsseldorfer Zeitung", des „D. Tageblattes", der „D. Nachrichten" und der „Freien Presse" (Organ der Mehrheitssozialisten) von Anhängern des Spartakusbundes besetzt und das Erscheinen verhindert. Die „Düsseldorfer Nachrichten" wurden gezwungen, das Blatt in veränderter Form unter dem Titel „Rote Fahne vom Niederrhein" unter Weglassung aller beanstandeten Artikel und Nachrichten erscheinen zu lassen.

Amerikanische Lebensmittelkommission

München, 8. Januar.

Die amerikanische Lebensmittelkommission ist, wie wir von unterrichteter Seite vernehmen, nach den ihr von ihren in Deutschland weilenden Vertretern zugegangenen Berichten gewillt, die Versorgung der deutschen Bevölkerung nach folgenden Gesichtspunkten und nach den folgenden Bedingungen zu übernehmen. Mit den Lieferungen soll begonnen werden, wenn es die Notwendigkeit dringend erfordert, jedenfalls aber sogleich nach dem Abschluß des Präliminarfriedens. Es sollen zu diesem Zwecke in den an Deutschland angrenzenden neutralen Ländern große Lebensmittellager errichtet werden. In Deutschland selbst werden Staffellager eröffnet, die in ihrer Mehrzahl entlang der neutralen Zone liegen sollen, damit die dort liegenden Vorräte im Falle irgend welcher Gefährdung rasch zurückgezogen oder besetzt werden können. Die Versorgung erfolgt jeweils auf ein bis drei Monate. Sie erfolgt auf Gemeinden und Bezirke, und zwar werden nur solche Bezirke versorgt, deren Leitung in gesetzmäßiger Weise gewählt oder konstituiert sein muß und die sichere Gewähr für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb ihrer Grenzen bietet. Die Lieferungen werden sich in einer Höhe halten, die bei entsprechender Rationierung eine ausreichende Ernährung sicherstellt.

*

Deutschland und der Papst.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Von den politischen Umwälzungen in Deutschland werden auch die bisherigen Beziehungen des Vatikans zu Deutschland stark berührt. Zunächst haben die durch das bisherige katholische Königshaus in Bayern vorhanden gewesenen Voraussetzungen für die Beglaubigung eines päpstlichen Nuntius in München eine völlige Veränderung erfahren; hierzu ist inzwischen mit der von den derzeitigen preußischen Machthabern beschlossenen und in Angriff genommenen Trennung von Kirche und Staat eine die kirchenpolitischen Beziehungen erheblich berührende Lage geschaffen worden, deren volle Tragweite erst allmählich in die Erscheinung treten wird. Es ist unter den obwaltenden Umständen kaum anzunehmen, daß die päpstliche Nuntiatur in München nach dem Friedensschluß weiter bestehen bleiben wird und demgemäß dürfte sich auch die preußische Gesandtschaft beim Vatikan schwerlich aufrecht erhalten lassen. Durch die geplante Veränderung der preußischen Landesgrenzen werden die Verhältnisse Gestaltungen erfahren, die auch auf die Stellung der Bischöfe nicht ohne Einfluß bleiben wird.

*

Die Lage in Posen und Westpreußen

Ueber die Lage in den Provinzen Posen und Westpreußen erfährt W. T. B.: Bei Jagdschütz (Kreis Bomst) versammeln sich deutsche Kräfte mit Artillerie. Nakel ist wieder in polnischen Händen. Nördlich von Nakel, bei Mretschen, sind die Kämpfe unentschieden. Kolmar ist in deutscher Hand. Die Deutschen rücken auf Wollstein vor. Bei Lissa, etwas nördlich der Stadt, sind die Bahngleise von den Deutschen aufgerissen worden.

Posen, 8. Januar.

Als Vergeltungsmaßregeln gegen das von einigen Flugzeugen aus Frankfurt a. d. Oder erfolgte Bombenabwerfen wurde gestern die Internierung des kommandierenden Generals von Beck und Pollach verfügt. Die Reichsregierung ersuchte um Aufhebung der Internierung, da die schwebenden Verhandlungen dadurch aufs empfindlichste gefährdet würden. Der oberste Volksrat gab darauf die Zusicherung, daß die Internierung unverzüglich rückgängig gemacht werde, wenn Garantien gegeben würden, daß deutsche Flieger polnisches Gebiet nicht mehr mit Bomben bewerfen und gewisse internierte und verhaftete Polen freigelassen und in Zukunft ihrer politischen und nationalen Betätigung wegen nicht interniert und verhaftet werden würden, sowie bestimmten anderen Persönlichkeiten die Fahrkarte nach Posen nicht verweigert würde. Der kommandierende General befindet sich augenblicklich unter militärischer Bewachung in seiner Wohnung.

*

Die Entente und Deutschland

Wien, 8. Januar.

Wie das „Fremdenblatt" von bestunterrichteter Seite hört, sind die Ententemächte von der früher gehegten Absicht, Berlin zu besetzen, trotz der jetzigen Vorgänge abgekommen. In Paris herrscht die Ansicht, daß der Berliner Brand in sich selbst zusammenfallen müsse, oder, wie ein französischer Diplomat sich ausdrückte, daß „das Nest ausbrennen möge". Welche Wendung die Ereignisse in Berlin auch nehmen würden, ein bewaffnetes Eintreten der Ententemächte könne als ausgeschlossen gelten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901091-19/fragment/page=0001

Die Vorgänge der letzten Tage

Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" geben folgende Darstellung der Ereignisse der letzten Tage:

„Am Sonntag begaben sich der neu ernannte Polizeipräsident von Berlin, Eugen Ernst, und der Stadtkommandant, Leutnant Fischer, in das Polizeipräsidium, um von dem am Sonnabend abgesetzten Präsidenten Eichhorn die Uebergabe der Geschäfte zu verlangen. Der ehemalige Polizeipräsident weigerte sich, die beiden Herren zu empfangen. Als er sich endlich dazu bequemte, demonstrierte er seine freundliche Gesinnung durch einen scharf geladenen Revolver, den seinen Amtstisch zierte. Er erklärte, er erkenne die Entsetzung des preußischen Ministeriums des Innern nicht an. Wenn er auch im preußischen Ministerium des Innern vernommen worden sei, so habe er doch keine Gelegenheit zu einer ausführlichen Antwort auf die gegen ihn erhobenen Anklagen gehabt. Er sei vom Berliner Vollzugsrat eingesetzt und werde nur dessen Befehl weichen. Da die Sicherheitswehr sich nach kurzer Diskussion auf denselben Standpunkt stellte, führen der Polizeipräsident und der Stadtkommandant Fischer zum Zentralrat, dem Rechtsnachfolger des Vollzugsrates des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats. Inzwischen hatte die Demonstration eingesetzt, die von dem Spartakusbund in Verbindung mit den revolutionären Obleuten der Großbetriebe und der Lokalorganisation der Unabhängigen in Szene gesetzt worden war. Im Laufe dieser Demonstration kam es zur widerrechtlichen Besetzung des „Vorwärts", in dessen Druckereiräumen mit bandalischer Wut gehaust wurde, und der Besetzung der bürgerlichen Zeitungen und des Wolffschen Telegraphen-Büros. Als die Regierung sich diesem Zustande gegenübersah, rief sie ihre Anhänger noch in der Nacht zum Montag zum Generalstreik und zu bewaffneten Demonstrationen gegen den Terror einer brutalen Minderheit auf. Schon am frühen Morgen nahmen die Demonstrationen einen riesenhaften Charakter an, und vor dem Reichskanzlerhause staute sich eine unübersehbare Menge, die immer wieder ihre Entrüstung wegen des frivolen Gebahrens von Spartakus Ausdruck gab. Die Teilnehmer der Demonstration für die Regierung waren im empfindlichen Gegensatz zu Spartakus durchaus unbewaffnet. Inzwischen kam es durch das Auftreten des Spartakusbundes in der Alexandrinenstraße, Unter den Linden und am Potsdamer Platz zu einer Schießerei, die leider Opfer forderte. Das tollste aber war, daß sich um ½6 Uhr eine Abordnung des Spartakusbundes mit einer weißen Fahne der Postenkette der Regierungstruppen am Wilhelmsplatze näherte, die unter Berufung darauf, daß ihr Reichskanzler von Spartakusleuten umzingelt sei, zur Uebergabe der Waffen aufforderte. Als die Regierungstruppen diesen Wunsch ihren Kommandeuren übermitteln wollten, wurden sie hinterrücks, feige und meuchlerisch beschossen und erlitten schwerzliche Verluste. Angesichts dieses Vorgehens sah sich der Kommandant der Schutzwache gezwungen, energische Gegenmaßnahmen zu treffen. Maschinengewehre traten in Tätigkeit. Nach kurzer Zeit war der Platz eingesetzt. Während dieser Vorgänge hat sich die Zentralleitung der Unabhängigen entschlossen, ihre Bruderdienste als ehrlicher Makler anzubieten, womit sie sich gleichzeitig mit der Berliner Zentralorganisation in einem gewissen Gegensatz setzte. In der Reichskanzlei erschienen die Herren Dittmann, Dr. Breitscheid und Kautsky, denen sich später Cohn-Nordhausen zugesellte. Auf ihre Fragen nach dem Vermittelungsstiffen der Regierung wurde erklärt, daß die Regierung natürlich jede Möglichkeit begrüße, Bruderschießen, Mord und Bruderkampf in den Straßen Berlins zu vermeiden. Während diese Verhandlungen aber eingeleitet wurden, tobte Spartakus weiter, suchte sich des Kriegsministeriums zu bemächtigen und sich im Direktionsgebäude der Eisenbahndirektion mit Handgranaten und Maschinengewehren häuslich niederzulassen und das Provviantamt in der Köpenicker Straße zu stürmen. Diesen Ereignissen gegenüber bewährte die Regierung ihre entschlossene, kräftige Defensive. Sobald sich der ernste Führerwille und der Entschluß zum Durchhalten gegen den Terror zeigte, strömten der Regierung zahlreiche Kräfte zu, die bei ihren alten Formationen eingereiht wurden. Die Regierung hatte sich gleichzeitig entschlossen, ein Werbebüro zu errichten, in welchem die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften auf ihr Mitgliedsbuch hin gegen den Terror bewaffnet wurden. Inzwischen trafen die von den Unabhängigen angekündigten revolutionären Obleute der Berliner Großbetriebe in der Reichskanzlei ein. Es war bereits 1 Uhr nachts geworden. Es stellte sich heraus, daß an eine Einigung in dieser frühen Morgenstunde nicht zu denken war. Die Reichsregierung hat mit aller Entschiedenheit die Wiederherstellung des Status quo, das heißt die Räumung aller besetzten Gebäude als Vorbedingung für den Eintritt in die Verhandlungen bezeichnet. Tatsächlich kam eine Einigung nicht zustande. Angesichts der weit vorgerückten Zeit, es war inzwischen 8 Uhr morgens geworden, erklärte die Regierung, daß die Fortsetzung der Verhandlungen untunlich sei. Gleichzeitig wiederholten sie ihre früher abgegebene Erklärung, daß sie nur dann von der Waffe Gebrauch machen werde, wenn von der anderen Seite mit der Waffe Angriffe erfolgten. Da die Obleute eine gleiche Erklärung abgaben, so kam es zur tatsächlichen Waffenruhe. Wie diese Waffenruhe innegehalten wurde, beweist am schlagendsten, daß um 5 Uhr morgens eine Bande von bewaffneten Spartakisten die Linden-Druckerei mit vorgehaltenen Revolvern stürmten und den dort provisorisch hergestellten „Vorwärts" beschlagnahmte und die gedruckten Exemplare in die Spree warf. Die Verhandlungen wurden heute vormittag fortgesetzt. An ihr nehmen teil die Reichsleitung, der Zentralrat und die revolutionären Obleute, sowie die vier vermittelnden Unabhängigen. Die Regierung beharrt darauf, daß vor Eintritt in die Verhandlungen für die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebäude gesorgt werde. Heute vormittag haben bereits riesige Kundgebungen für die Regierung eingesetzt. Unter ungeheurem Jubel der erregten Menge wurden Reden gehalten zugunsten der Regierung, die fest entschlossen ist, das deutsche Staatsschiff durch Sturm und Drang zu steuern. Das Bild von Berlin hat sich wie mit einem Schlage gebessert. Spartakus ist in den Hintergrund gerückt."

Die Regierung zum letzten Kampf bereit

Berlin, 8. Januar.

Oberbefehlshaber Noske hat seine Vorbereitungen für den Kampf mit den Revolutionären so gut wie beendet. In Regierungskreisen herrscht eine starke Zuversicht, da durch die Dispositionen der Befehlshaber die artilleristische Ueberlegenheit der Liebknechttruppe ausgeglichen ist. Die nach Berlin beorderten Truppen befinden sich auf dem Anmarsch. Wie es heißt, sind außer einer Marinedivision aus Kiel sächsische Regimenter unterwegs. Im Laufe des heutigen Tages sind aus den Sammelplätzen der Vororte starke Truppenmassen in Berlin eingetroffen. Auch das 52. Infanterie-Regiment aus Wittenberg und die Jäger aus Lübbenau. Die nach Berlin gezogenen Kräfte gelten als absolut regierungstreu. Der Mangel an Geschützen ist gleichfalls beseitigt. Seit dem Vormittag ist viel Artillerie in Berlin eingetroffen und an den in Betracht kommenden Stellen aufgestellt worden.

Hand in Hand mit der Mobilmachung der regierungstreuen Truppen geht die Bewaffnung der mehrheitssozialistischen Arbeiter. Eine starke Stütze findet die Regierung unter den Mitgliedern der Studentenschaft, die sich in großer Zahl freiwillig zur Verfügung gestellt hat. Im Einverständnis mit dem Oberkommandierenden Noske erläßt die Berliner Studentenschaft einen Aufruf an alle wehrfähigen Männer, in das von ihr gebildete Freiwilligenkorps einzutreten. Die bürgerlichen Elemente werden durch Flugblätter der Mehrheitssozialisten gleichfalls aufgefordert, sich zum Kampf gegen den Terror der Spartakusleute zusammenzutun und ins Freiwilligenkorps zu treten.

Berlin, 8. Januar.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Regierungssozialisten und Unabhängigen und den revolutionären Obleuten sind heute nicht wieder aufgenommen worden. Da angesichts der zutage getretenen Gegensätze keine Aussicht auf eine Verständigung vorhanden ist. Während die Regierung aus der Lage die Konsequenzen gezogen hat und durch den Oberbefehlshaber Noske den Belagerungszustand über die Reichshauptstadt verhängt hat, versucht die Leitung der Unabh. Sozialdemokraten noch in allerletzter Stunde abermals zu vermitteln. Hugo Haase und Dr. Breitscheidt haben sich in die Reichskanzlei begeben und verhandeln dort mit den Volksbeauftragten und dem Vorsitzenden des Zentralrats Cohn-Reuß.

*

Angesichts er energischen Haltung der Regierung beginnen die Unabhängigen von den Spartakusleuten abzurücken. Bei den heutigen demokratischen Zügen sind verschiedentlich Plakate aufgetaucht, auf denen ein gemeinsames Vorgehen der beiden Gruppen gegen Spartakus angekündigt wird.

Arbeiter für die Pressefreiheit

Berlin, 8. Januar.

Die Spartakusgruppe hat die von ihr besetzten Zeitungsbetriebe aufgefordert, wieder zu erscheinen und zwar unter redaktioneller Leitung der Liebknechtleute. Die gesamte Arbeiterschaft von Ullstein, Mosse und Scherl und alle, etwa 1200 Mann zählenden Angestellten haben dieses Ansinnen entschieden zurückgestellt. In einer heute abgehaltenen Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit nur dann wieder aufzunehmen, wenn der Presse ihre volle Freiheit bewahrt werde.

Für Ebert-Scheidemann

Kassel, 7. Januar.

Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat steht mit der ganzen Bürgerschaft geschlossen hinter der Regierung Ebert-Scheidemann und erwartet eine energische Niederringung des Putsches.

Nach hierher gegebenen privaten Informationen kam es in vergangener Nacht an vielen Stellen Berlins zu Zusammenstößen. Einen sehr bedenklichen Charakter hatte ein Angriff bei die Spartakisten gegen 11 Uhr nachts auf den Anhalter Bahnhof machten. Sie feuerten mit Maschinengewehren und benutzten auch Panzerautos. Der Angriff wurde abgewiesen.

Neuer Streik in Schlesien

Beuthen, 8. Januar.

Von neuem droht ein Bergarbeiterstreik auszubrechen. Auf der Heinitzgrube ist gestern die Belegschaft der Abendschicht (etwa 600 Mann) und die heutige Frühschicht mit ungefähr 700 Mann nicht eingefahren. Die Gruben der Bergin spektion Königshütte arbeiten mit Ausschluß der Bergbeamten. Die Preußengrube arbeitet gleichfalls ohne Beamte. Auf der Hajionka-Grube ruht die Arbeit vollständig mit Ausnahme der Kesselbetriebe. Die Ursachen des Ausstandes sind anscheinend polnisch-anarchistische Umtriebe. Die Arbeiter verlangen die Oeffnung der polnischen Grenze, Entfernung jeglichen militärischen Schutzes, Anerkennung der Regierung Liebknecht und Generalstreik bis zur Entfernung der Regierung Ebert-Scheidemann.

Mißglückter Spartakusputsch

In der Nacht zum Montag wurde von bewaffneten Spartakusleuten versucht, das Gefängnis zu Bentschen zu öffnen. Zwei Aufseher wurden getötet, einer schwer verwundet. Es gelang ihnen nicht, dem Wärter die Schlüssel zu dem Gefängnis zu entreißen.

Kämpfe in Posen

Der von Polen besetzte Bahnhof Bentschen ist gestern von deutschen Grenzschutztruppen zurückerobert worden. Dagegen haben die Polen durch Treubruch sich in den Besitz der Stadt Wollstein gesetzt. Auf Grund der Abmachungen, nach denen Wollstein neutral bleiben sollte, hatten die deutschen Truppen die Stadt verlassen, als die Polen einmarschierten.

Wilson gegen die Intervention in Rußland

Paris, 7. Januar.

In gut unterrichteten amerikanischen Kreisen ist man fest überzeugt, daß Wilson persönlich gegen die Fortsetzung der Intervention in Rußland ist.

Reuter erfährt, das der Gedanke, daß ein neuer Krieg oder eine Expedition nach Rußland bevorstehe, ausschließlich auf Erfindung beruhe. England hat im ganzen russischen Reich 15 bis 20000 Mann stehen, von denen nicht alle zu den kämpfenden Truppen gehören. Es bestehe nicht die geringste Absicht zur Vermehrung dieser Mannschaften. Man hoffe im Gegenteil, daß die Streitkräfte in Rußland über kurz oder lang eine Verminderung erfahren und, das die dort verbleibenden Soldaten sobald wie möglich durch Mannschaften der neugebildeten Freiwilligenarmee ersetzt werden können. Eine allgemeine Demobilisierung könne erst nach dem Friedensschlusse angeordnet werden. Es sei nötig, daß der Premierminister und diejenigen, welche Großbritannien auf der Friedenskonferenz vertreten, ein Heer hinter sich haben. Eine tatsächliche Macht müsse aufrechterhalten werden, um England in den Stand zu setzen, allen Möglichkeiten, die die Friedensverhandlungen zeitigen können, begegnen zu können.

Die innere Mission und die neue Zeit

Die Hauptstelle der Deutschen evangelischen Liebesarbeit, der Zentralausschuß für innere Mission, hat sich mit einer Kundgebung an die Vereine, Verbände und Anstalten der inneren Mission gewendet, die Stellung nimmt zu der neuen Zeit. Offen zugegeben wird darin, daß so viele treue Eingelarbeit nicht den gewünschten Gesamterfolg für das Volksleben gehabt hat. Aber man dürfe nicht mutlos werden oder grollend zur Seite stehen. Nicht Richter zu sein gelte es, sondern Diener und Helfer zu allem Guten. Man müsse sich zur Verfügung stellen: „Ob Arbeiter- oder Soldatenrat, ob Akademiker oder Beamten-, ob Bürger-, Bauern- oder Volksrat — wo immer Menschen zusammentreten, um den bedrängten Volksgenossen beizustehen, da dürfen wir nicht fehlen. Es ist das besonders köstliche und heilige Vorrecht der christlichen Liebesarbeit, Persönlichkeiten stellen zu dürfen mit dem warmen Herzen und dem inneren Drang, zu helfen. Laßt uns zum Dienst uns anbieten: Pfleger der Armen werden und Vormünder der Waisen, Hüter der Jugend in Kinderhorten und ähnlichen Bestrebungen, Freunde der Konfirmierten in Vereinen und anderen Veranstaltungen, Helfer in der Wohnungspflege, der Wohnungsfürsorge, der Berufsberatung, der Kriegsbeschädigtenfürsorge und anderen Werken der sozialen Wohlfahrtspflege, besonders jetzt bei der Demobilisierung. Männer und Frauen müssen Hand mit anlegen. Das ist der beste Weg, um uns vor Trostlosigkeit und Verzweiflung zu bewahren. — Weiter wird dann noch auf die Aufgaben gewiesen, die sich aus der einzigen Trennung von Kirche und Staat und der Entfernung der Religion aus der Schule ergeben.

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

29] Roman von Luise Westkirch

Der begleitete immer seltener Ede zum Wirt nach Quelkhorn. Lieber schlenderte er nach dem Abendbrot, wenn die Sterne schon am Himmel zwinkerten, die Ackerbreiten entlang über den Wümmesteg hinaus ins Moor. Gleich am Tage nach seiner Unterredung mit Eva hatte er diese Spaziergänge begonnen. Eine heimliche Hoffnung trieb ihn. Vielleicht hatte Eva sich seine Rede überdacht, vielleicht begegneten sich ihre Gedanken. Vielleicht begegnete er gar ihr selbst. Er ging am Wümmearm entlang bis dorthin, wo er in den Kanal zurückkehrte. Im kleinen Birkenbusch hinter der Kanalbrücke, die auf den Jansenhof führte, stand er, an Eva denkend. Er hatte noch nicht lange gehartt. Da wurde ihr Fenster hell. Grell beleuchtet von der kleinen Talgkerze, erschien ihr schönes Gesicht im offenen Rahmen. Sie löste ihr weizengelbes Haar, daß es wie ein goldener Schleier auf ihre Schultern fiel. Im Flackerschein der Kerze tanzten Funken darauf wie Glühwürmchen.

Von da ab wanderte Gerd jeden Abend zum Birkenbusch hinter dem Jansenhof. Und an jedem Abend erschien Eva im Kerzenschimmer am Kammerfenster, träumte in die Nacht hinaus oder kämmte und flocht ihr Haar. Aber obgleich sie ihn gleich am ersten Abend bemerkt hatte, gab sie niemals ein Zeichen, daß sie ihn sah, und weder am Tage noch am Abend begegnete er ihr.

Schon am zweiten Abend war Malle ihrem Bauern heimlich nachgeschlichen. Weit hinter ihm stehend in der Dunkelheit des Moors, über dem die Sterne unheimlich groß wie Flammen flackerten, beobachtete sie ihn, sah ihn nach Evas Fenster starren, sah Eva scheinbar absichtslos die Reize ihrer siegholten Schönheit zur Schau stellen.

Ein wehes Gefühl preßte Malle die Kehle zusammen, Zorn und Schmerz und ein nie gekannter Neid. — Ihr Bauer im Netz der goldig gleißenden Spinne! — Und wenn sie das Weihnachtsengelgesicht erwürgen müßte — sie würde es nicht dulden! — Sie hatte geglaubt, gehaßt zu haben ihr Leben lang, und lernte doch in dieser Stunde und Eva Jansen gegenüber erst, was Hassen sei.

Seitdem entschlüpfte sie fast allabendlich der einnickenden Wöbke und folgte Gerd Clüver zu Eva Jansens Fenster.

Auch Nedderbrink, dessen Mißtrauen immer wachte und dessen Sinne scharf waren wie die der Füchse im Moor, erspähte eines Tages den regungslosen Schatten im Birkenbusch und brummte einen Fluch, als er Gerd erkannte. Seit einigen Tagen spürte er eine Veränderung im Wesen seiner Stieftochter. Die Dirne kam in die Jahre. Es war ungewöhnlich, daß die Bäuerin auf einem stattlichen Hof sechsundzwanzig wurde, ohne einen Freier zu finden. Durch die große Rücksicht, die er auf jeden ihrer Wünsche genommen hatte, war es ihm bislang gelungen, sie über die enteilende Zeit wegzutäuschen. Aber nun riß ihr offenbar die Geduld. Hilmer Nedderbrink, der um den Clüverhof, auf dem Malle hauste, herumstrich wie ein Kater um den heißen Fischkessel, hatte seinen Vater von Evas sonntäglicher Unterredung mit Clüver hinter dem Wümmesteg verständigt. Da galt es also aufpassen. Zwar in den letzten Tagen war Eva nicht vom Hof gewichen. Sogar zum Heumachen auf der Nachtwiese von Fischerhude, das sonst ihre größte Wonne gewesen war, schickte sie Gretchen und tat deren Arbeit daheim. So groß war ihre Scheu, Gerd zufällig zu begegnen. Denn sie konnte zu keinem entscheidenden Entschluß kommen. Gewaltig war ihr Grauen vor einem einsamen Altern zwischen ihrem Stiefvater und dessen heranwachsenden Söhnen. Aber hart fand sie es auch, daß sie, die schöne Eva, die den Jansenhof an ihrem Ringfinger trug, genötigt sein sollte, zu hausen mit einem, der verfemt war unter seinesgleichen, einem freudlosen Mann, an dem blutiger Verdacht unvilgbar klebte, ausgeschlossen von allen Belustigungen froher Jugend. So ließ sie die sonnigen Sommertage hingleiten, einen nach dem andern, und jägerte, wie ein Selbstmörder mit dem Sprung von der Brücke zögert.

Und während sie schwankte und mit sich kämpfte, kam eines Abends Korl Gosewisch wieder auf den Jansenhof. Wie eine verdammte Seele um das verschlossene Paradies war er in diesen Wochen um ihn her geschweift. Ein Hof zeigt sich nie verlockender als in der Pracht seiner reifenden Aehren, und das ganze Moor erschien zu dieser Zeit, vom hohen Geestrand gesehen, wie ein goldenes Meer von Fruchtbarkeit, auf dem die Gehöfte der Kolonien wie schwer beladene Schiffe schwammen, und in dem als purpurne Inseln die unbebauten Moorstrecken im Mantel ihrer aufbrechenden Heideblüte leuchteten. Bedächtig nach seiner Art hatte Gosewisch Gewinn und Gefahr gegeneinander abgewogen. Ihm schien zuletzt, daß die Gewinnschale die schwerere sei. Saß nicht Gerd Clüver, der Totschläger, schon drei Monate wieder auf seinem Eigen und hatte in all dieser Zeit niemand erschlagen und niemand mißhandelt und um Eva Jansen nicht geworben? Vielleicht hatte er die Dirne vergessen. Und wenn nicht das — schwerlich würde der Mann die Blutlust des Jünglings wiederholen, um dann von einem blühenden Hof für den Rest seines Lebens hinter Gefängnismauern zu verschwinden!

So setzte Korl seinen Hut schief auf das Ohr, trank beim Wirt in Seebergen ein paar kräftige Schnäpse zur Ermunterung und stapfte nach Fünfhausen.

Eva saß grübelnd und träumend unter dem großen Lindenbaum, unter dem Malle verkauft worden war. Ihr Herz schlug ungestüm bei Korls Anblick, in Groll über sein Wegbleiben, in Freude über seine Wiederkehr. Sie hatte Mühe, ihn gelassen zu empfangen.

Er stellte sich vor sie hin mit ausgekrätschten Beinen, rot im Gesicht vom raschen Schreiten und einer Verlegenheit die ihn heimlich verdroß.

„'n Abend, Eva. Wie geht dich das noch?"

„Gut muß's sein," bestätigte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901091-19/fragment/page=0002

Die Lage in Halle

Die Lage in Halle hat nach verschiedenen Richtungen hin eine Verschärfung erfahren. Der Magistrat hat das ihm vom A.- und S.-Rat unterbreitete Ultimatum angenommen; die Stadtverwaltung ist somit ihrer relativen Selbständigkeit, über die sie bislang noch verfügte, entkleidet und stellt nunmehr nichts anderes mehr dar, als ein willenlos ausübendes Organ des hiesigen A.- und S.-Rates, der in sämtlichen Dezernaten Sitz nimmt. Der Magistrat hielt am Mittwoch vormittag eine längere Sitzung ab, in der Beschluß über die befristeten Forderungen gefaßt wurde. Die Antwort lautet, wie gesagt, nolens volens bejahend, Oberbürgermeister Dr. Rive erklärte sich jedoch außerstande, die Antwort, wie erwartet wurde, vom Rathause her vor aller Oeffentlichkeit persönlich kundzugeben: für den Fall, daß auf diese Förmlichkeit entscheidender Wert gelegt würde, stellte der Magistrat einstimmig seine Aemter zur Verfügung. Aber es kam nicht hierzu, da der A.- und S.-Rat sich mit einer schriftlichen Antwort zufriedengab, die vom Altan des Rathauses herab verlesen wurde. — Die Macht selbst in der Stadt liegt in der Hand der Spartakiden, denen sich der A.- und S.-Rat und die hiesigen Unabhängigen angeschlossen haben. Der Hauptbahnhof ist besetzt, und es ist beabsichtigt, durchfahrende Truppenzüge anzuhalten bezw. unter Feuer zu nehmen. Auch mehrere Zeitungen, so die „Hallesche Zeitung", sind besetzt, worüber an anderer Stelle dieses Blattes näher berichtet wird. — Nachstehend teilen wir Einzelnes über die Vorgänge des gestrigen Nachmittags mit.

*

Nachmittags gabs nur einen allgemeinen Richtungspunkt: der Markt. Eingestrupps, Frauen mit den Kindern auf dem Arm, Arbeiter mit dem Mittagstopf, Studenten, und vor allem Soldaten, Soldaten — zum Markt. Auf den Treppen, die in das alte ehrwürdige Haus führen, das soviel Geschichte erlebt hat, fanden die Massen enggedrängt, und wenn man eine glücklicherige Stiege sich erobert hatte, dann sah man im bläulichen Nachmittagsdunst dieses warmen Januartages die schwarze Menge Kopf an Kopf bis zu den Füßen des alten Roland stehen. Und die alte Uhr schlug ihre drei Schläge und die Menge wartete. Und als endlich oben zwischen den roten Fahnen ein Redner auftauchte, sah man die Köpfe auf den einen Punkt gerichtet und konnte sich über die Stille wundern. Ein Windstoß aber warf bürgerliche Flugblätter in die Luft und eine Frau verlaufte in einem Korb illustrierte Papierrosen. Und als die Menge sich ruhig entfernte und die roten Bonner über den Köpfen der Demonstranten in die Stadt hineingeflattert waren, brannte am Denkmal unseres alten Händel ein Haufen bürgerlicher Flugblätter, und wie sie dorthin als weißes Papier durch die Luft geflogen waren, so spielte der warme Rauch ihre schwarzen Aschenreste jetzt in die Höhe, sie umwirbelten das Denkmal und sind dann irgendwo, vom Abendwind in die Stadt getrieben, im Häusermeer niedergefallen. Der Verkehr war um die dritte Nachmittagsstunde auch völlig unterbunden. Als die dritte Stunde bereits überschritten war, wurden Rufe laut, die energisch Beginnen der Kundgebungen verlangten. Erst auf beruhigende Worte eines Mitgliedes des A.- und S.-Rates, der verkündete, daß die Beantwortung des Ultimatums erst um 4 Uhr erfolgen könnte, wurdete man geduldig weiter.

Schließlich versammelte sich auf dem unteren Balkon des alten Rathauses der A.- und S.-Rat. Eines seiner Mitglieder setzte den Rednerpult instand und führte in längerer Ansprache aus, daß es jetzt gelte, die Errungenschaften der Revolution fest in der Hand zu halten, denn das Bürgertum sei überall bestrebt, diesen Gewinn zu untergraben. Was man in Berlin im Großen sehe, sieht man in Halle im Kleinen, wo der A- und S.-Rat diese gewaltige Demonstration erst vor dieses Rathaus berufen mußte, um dem Magistrat die gewaltige Macht noch einmal zu zeigen, die das Volk jetzt repräsentiere. Wochenlang hätten sich die Verhandlungen hingezogen, um die Mitarbeit des A.- und S.-Rates an der städtischen Politik und Verwaltung sicherzustellen. Gestern aber habe es zu einer Entscheidung kommen müssen, und wie diese Entscheidung ausfallen mußte, sei keinen Augenblick vorher zu bezweifeln gewesen. Es ist erreicht worden, daß der A.- und S.-Rat in Halle die vollziehende Gewalt bleibt, so daß er also auch die Verfügungen des Magistrats überwacht, denn es nun unmöglich gemacht sei, gegen den Willen der Hallenser Arbeiterbevölkerung zu arbeiten. Dieser Schlag sei gelungen, der Schritt mußte gegangen werden, da es sonst einen unabläßigen Kampf gegeben hätte. Dieses hier ist nicht die letzte Demonstration, und der Magistrat wird gut tun, die zugesagten Bedingungen zu halten. Der Redner, Hennig, forderte die Menge zu einem donnernden Hoch auf die unabhängige sozialistische deutsche Republik auf. Danach sprachen noch zwei andere Mitglieder im Namen des ganzen A.- und S.-Rates, der nunmehr voll und ganz der Unabhängigen Partei angehöre, und ermahnten die Zuhörerschaft, am Wahltage ihren Willen durch die Wahl kundzutun. Am Sonntag findet in Halle wieder eine Massendemonstration statt, „die noch gewaltiger werden sollte, als die heutige und die den großen Markt mit einem Meer von Köpfen erfüllen soll". Schließlich kam der Kernpunkt der ganzen Kundgebung: das vom Magistrat beantwortete Ultimatum. Es lag in der Absicht der Verbandungsführenden, die Antwort unseres Magistrats, das sechsmalige unbedingte „Ja" vom Oberbürgermeister Rive selber verlesen zu lassen, wovon man aber, — wie gesagt wurde — aus „menschlichen Gründen" Abstand nahm.

Die Fragen lauteten:

1. Erkennt der Magistrat zu Halle den A.- und S.-Rat in Halle als einziges Organ der vollziehenden Gewalt an?

2. Ist der Magistrat zu Halle bereit, alle vom A.- und S.-Rat gefaßten, ihm in geschäftsmäßiger Weise zugestellten Beschlüsse als für ihn verbindlich anzunehmen und unverzüglich zur Ausführung zu bringen? (Desgleichen soll die Stadtverordneten-Versammlung alle Beschlüsse des A.-R. zur Ausführung bringen, andernfalls sie aufgelöst wird. Allen wichtigen städtischen Dezernaten sollen in Zukunft Mitglieder des A.-Rates beigegeben werden, denen in allen Angelegenheiten von den betreffenden Beamten Auskunft zu erteilen ist.) 3. Erkennt der Magistrat zu Halle die Mitglieder des Vollzugsausschusses des Arbeiterrates Gröbel und Kilian als Beigeordnete des A.- und S.-Rates zu Halle für den Magistrat an? 4. Ist der Magistrat zu Halle grundsätzlich bereit, alle amtlichen Kundgebungen des Magistrats und allen von ihm in politischen, Verfassungs- und militärischen Angelegenheiten geführten Schriftwechsel diesen Abgeordneten vor der Veröffentlichung bezgl. Versendung zur Gegenzeichnung vorzulegen. — Der Magistrat hatte mit Ja gegenwortet, mit der Bedingung, daß der A.- und S.-Rat für die Geschäftsführung verantwortlich ist.

Unter dem Beifall der Menge und vielen Hochrufen auf die Republik ging man dann auseinander, nicht ohne vorher zur Ruhe und Ordnung ermahnt worden zu sein. Die roten Fahnen wurden einem Zug von etwa 600 Menschen vorangetragen, der in der Gr. Ulrichstraße verschwand. Der Marktplatz leerte sich dann allmählich wieder und die Straßenbahnen konnten den gewohnten Verkehr wieder aufnehmen. Zu Zwischenfällen ernsterer Art ist es nicht gekommen.

*

Sitzung des Großen Arbeiterrates

Die gestrige Sitzung des Großen Arbeiterrates befaßte sich in ausgiebiger Weise mit dem Verhältnis des S.- und A.-Rates zu dem Magistrat. Bekanntlich hatte der engere A.-R. dem Magistrat ein Ultimatum gestellt, in welchem sie forderten, daß ihnen die vollziehende Gewalt in der städtischen Verwaltung zustehe. Der Magistrat hat in einer Sitzung gestern morgen beschlossen, das Ultimatum mit einigen Abänderungen anzunehmen. Der A.-R. beschloß, alle wichtigen städtischen Dezernate mit Mitgliedern des A.-R. zu besetzen, die die Kontrolle ausüben sollen. Alle Beschlüsse des A.-R. müssen von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ausgeführt werden, andernfalls der A.-R. die Stadtverordnetenversammlung auflöse. Der Vorsitzende des S.-R. Grunert regt die Frage der Entwaffnung der hier durchfahrenden Truppen an. Die hiesige Sicherheitskompagnie reiche bei weitem nicht aus, dies auszuführen. Er führte auch aus, daß Halle eine der nur wenigen Städte sei, in der die durchfahrenden Truppen entwaffnet werden. Es wurde angeregt, nötigenfalls 2—5000 Arbeiter zu bewaffnen, um die Sicherheitskompagnie zu unterstützen.

Weiter wurde beschlossen, dem Soldatenrat anheimzustellen, den Chefredakteur Helms der „Saale-Zeitung" aus der Schutzhaft zu entlassen. — Mitgeteilt wurde noch, daß bei der Schießerei am Dienstag an der Kaserne in der Reilstraße nur drei Soldaten verwundet worden sind, von denen einer gestern gestorben ist. Der Feldwebel, der die Schüsse abgegeben hat, ist flüchtig. — (Wir werden in nächster Nummer ausführlich über die Sitzung berichten.)

Zu den Vorgängen der letzten Tage schreibt uns ein Leser unseres Blattes unter der Ueberschrift: „Etwas über Straßendisziplin" folgendes:

Gestern mittag gegen ½1 Uhr ging ich die Steinstraße hinunter; an der Mittelstraße einige Gruppen gaffender Hallenser aller Stände! Ein kleines Papierhäufchen brannte kläglich vor dem Wahlbureau der Deutsch-demokratischen Partei. — Im Vorbeigehen hörte ich, „Unabhängige" hätten dort Flugblätter der Deutsch-demokratischen Partei verbrannt, offenbar in der Absicht, ihrer alten Forderung der Pressefreiheit eine neue Illustration zu geben. Einige Schritte weiter tauchten zwei rote Fahnen auf der Gr. Ulrichstraße auf; das nächste Gefolge bildeten eigentlich nur „jugendliche Intelligenzen" zwischen 15 und 20 Jahren; dahinter aber folgte — zum Teil in respektvoller Entfernung! — ein nicht unbeträchtlicher Schwarm neugieriger Hallenser jeden Standes und Alters. Nun frage ich: müssen diese jungen aufgehetzten, kritiklosen Wichtigtuer mit ihren roten Fahnen nicht übermütig und täglich unverfrorener werden, wenn ihnen solch eine „andächtige Gemeinde" folgt. — In ihrem Größenwahne bilden sie sich vielleicht gar ein, das seien alles Gesinnungsgenossen!! — Und von den zuströmenden Neugierigen und Sensationslüsternen glauben vielleicht auch wieder einige ängstliche und leicht einzuschüchternde Naturen, daß der ganze Schwarm samt Neugierigen, Rossen, Reitern, Wagen und Pferden „Unabhängige" Sozialdemokraten sind, erzählen die Neugierigen weiter und festigen so, „ohne es zu wollen, den „Ruf" und die Stellungen der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Jeder, der bei solchen Gelegenheiten die Zahl der neugierigen Gaffer vermehrt oder gar aus Sensationslust dem Zuge folgt, arbeitet den unruhigen Elementen in die Hände und macht unbewußt Reklame für sie. Statt dessen strafe man alle solche Maskeraden mit Nichtachtung und gehe ruhig seines Weges.

Ruhe ist jetzt erste Bürgerpflicht, wie nie zuvor!! Und schließlich wird jenen roten Fahnenschwingern ihr zerzaustes Handwerk auch wohl zu langweilig werden, vorausgesetzt, daß sie keine Beachtung finden. H. B.

Halle und Umgebung

Halle, 9 Januar

— **Universitätsnachrichten.** Geh. Medizinalrat Professor Dr. med. Robert Wollenberg, Direktor der psychiatrischen und Nervenklinik in Straßburg ist zum Nachfolger des Geh. Rats Tuczek im Ordinariat und in der Leitung der psychiatrischen Klinik an der Universität Marburg in Aussicht genommen. Geboren ist Wollenberg 1862 zu Pelplin in Westpreußen, war nach Vollendung seiner Studien zunächst Assistenzarzt an der Provinzial-Irrenanstalt Nietleben bei Halle a. S. und von 1888—91 unter Karl Westphal und Friedrich Jolly in Berlin. Dann kam er nach Halle, wo er sieben Jahre als Oberarzt unter Eduard Hitzig arbeitete, habilitierte sich dort und erhielt 1896 die Ernennung zum a. o. Professor. 1898 bis 1901 war Wollenberg als Oberarzt an der Hamburger Irrenanstalt Friedrichsberg tätig, wurde dann Ordinarius und Nachfolger Siemerlings in Tübingen, von wo er 1906 als Nachfolger Fürstners nach Straßburg berufen wurde. Während des Krieges war Geheimrat Wollenberg als Chefarzt und zuständiger Beirat für Nervenkrankheiten bei dem XV. Armeekorps tätig. — Wie gestern bereits kurz berichtet, ist Professor Dr. Theo Sommerlad, Privatdozent für Wirtschaftsgeschichte und für mittelalterliche Geschichte an der Universität Halle, zum ordentlichen Honorarprofessor ernannt worden. Der durch seine Vorträge in kaufmännischen und landwirtschaftlichen Vereinen und Abteilungen der deutschen Kolonialgesellschaft bekannte Historiker ist erster wissenschaftlicher Sekretär des seit der Universität Halle verbundenen Thüringisch-Sächsischen Geschichtsvereins und Herausgeber der Thüringisch-Sächsischen Zeitschrift für Geschichte und Kunst. Ferner ist Prof. Sommerlad Begründer und Vorsitzender des Hallischen Richard Wagner-Vereins. Seine Forschungsgebiete sind kirchliche Wirtschaftsgeschichte, Kolonialgeschichte und Geschichte der Nationalökonomie. Dr. Sommerlad ist aus Frankfurt a. M. gebürtig. Seit 1911 hat er zugleich einen Lehrauftrag am Polytechnikum in Köthen.

— **Der vermißte Geldbriefträger Schlegel** vom Postamt 1 hier ist noch nicht zurückgekehrt. Er führte außer einem größeren Barbetrage 2 Geldbriefe, mehrere Nachnahmesendungen und Postaufträge bei sich. Da er gegen 12¾ Uhr nachmittags noch eine Postanweisung besteht und um 3¼ nachmittags einen Bestellversuch an den Weingärten gemacht hat, muß nach wie vor angenommen werden, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen oder verunglückt ist. Auf die Ermittelung des Schlegel und Wiederherbeischaffung der mitgeführten Gelder und Postsendungen setzt die Ober-Postdirektion in Halle eine Belohnung von 500 Mark aus. Die Verteilung der Belohnung behält sich die Ober-Postdirektion unter Ausschluß des Rechtswegs vor. Mitteilungen, die zur Aufklärung dienen können, sind entweder bei der Kriminalpolizei oder beim Postamt 1 in Halle zu machen.

— **Die Krieger-Sanitäts-Kolonne** vom Roten Kreuz hält am Freitag, dem 10., abends um 8 Uhr im „Goldenen Schiffchen" eine Hauptversammlung ab. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist allseitiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

— **Kriegerverein Alemannia.** Am Freitag, 8 Uhr abends, Monatsversammlung im Vereinslokal Mars-la-Tour, Gr. Ulrichstraße.

— **Aus der Domgemeinde.** Sonntag, den 12. Januar, wird der Hauptgottesdienst zu einem feierlichen Begrüßungs-Gottesdienst der aus dem Kriege heimgekehrten Gemeindeglieder gestaltet werden, bei dem auch unser Kirchenchor mitwirken wird. Besondere Einladungen werden dazu in diesen Tagen ergehen. Wer versehentlich übergangen sein sollte, sehe diese Zeilen als herzliche Einladung an. Möchte keiner von denen — mit den Seinigen — fehlen, denen eine glückliche Heimkehr geschenkt worden ist.

— **Die ständige Kunstausstellung von Tauch & Grosse** hat 53 farbige Balkan-Skizzen von Ernst Richard Dietze neu ausgestellt, die in flotter Ursprünglichkeit mazedonische und türkische Landschaften und Typen schildern und allgemein Interesse erregen dürften. — An Gemälden sind sieben wundervolle Werke des geschätzten Münchener Malers Edward Cucuel und eine „Maisandschaft" von Prof. Hans von Vollmann, verschiedene Stilleben, ein „Märkischer Waldsee" von Wegener, eine „Landschaft bei Partenkirchen" von Robert Büchtger und eine „Landschaft aus Südtirol" von Josephine Kannen zur Ausstellung gebracht; ganz besonders möchten wir aber auf das dem Eingang gegenüber hängende stimmungsvolle Gemälde „Waldweg im Harz bei Blankenburg" von Oscar Leu aufmerksam machen. — 16 feinsinnige Aquarelle des holländischen Malers Grütering und eine Sammlung farbiger Zeichnungen, Oelbilder, Aquarelle, Holzschnitte usw. von M. Keßler vervollständigen diese überaus sehenswerte Ausstellung.

Eine freie Volkskirche

Sangerhausen, 7. Januar.

Die hiesige Geistlichkeit hat eine Entschließung zu der Frage „Trennung von Kirche und Staat" angenommen in der es u. a. heißt:

Unser Verhalten ist, durch parteipolitische Zeitfragen völlig unberührt, ein treues Festhalten an der evangelischen Kirche. Wir bedauern aufs tiefste, daß die Not der Zeit noch durch das Aufwerfen von religiösen und kirchlichen Streitfragen künstlich vermehrt worden ist und befreiten der jetzigen Regierung Recht und Auftrag zu irgend welcher Aenderung in Verfassung und Leben der Kirche.

Das Recht, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu regeln, steht lediglich einer durch die Nationalversammlung gebildeten Regierung zu, und zwar hat dies durch gesetzliche Maßnahmen unter gleichberechtigter Mitwirkung der die evangelische Kirche leitenden oder vertretenden, auf gesetzlichem Wege gewählten Organe zu geschehen.

Der evangelischen Kirche muß für die Neuordnung ihrer Verhältnisse die erforderliche Zeit belassen werden. Jede Ueberstürzung ist zu vermeiden.

Wir fordern im Falle einer Trennung von Kirche und Staat eine freie Volkskirche und dazu im einzelnen folgendes: Die Kirche behält ihren öffentlich-rechtlichen Charakter. Die Kirchengemeinden bleiben wie bisher bestehen und behalten das Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder. Es steht jedermann frei, ohne Schwierigkeiten aus der Kirche auszutreten. Die Gemeindeglieder haben für ihre Kinder das Recht auf Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen. Kein Lehrer darf zur Erteilung von Religionsunterricht gezwungen werden, ebensowenig die Kinder zur Teilnahme daran. Die Freiheit, konfessionelle Privatschulen zu errichten und zu erhalten, bleibt bestehen. Die Kirche behält ihr Vermögen wie das Recht, solches zu erwerben. Die bisher gewährten staatlichen Zuschüsse bleiben entweder oder werden abgelöst. Die christlichen Liebesanstalten und milden Stiftungen bleiben unangetastet. Die theologischen Fakultäten bleiben im Verbande der Universitäten bestehen. Die Kirche verwaltet sich selbst. Es darf weder in die Lehre noch in die Verfassung seitens der staatlichen Organe eingegriffen werden.

*

Ein neuer deutscher Arbeiterbund

Um die Mitglieder der dem ausgeübten Druck zum Opfer gefallenen Werkvereine zu sammeln und ihre Rechte und Interessen durch straffere Zentralisation wirksam wahren zu können, hat sich ein Deutscher Arbeiterbund gebildet, der eine gewerkschaftliche Vereinigung auf der Grundlage des § 152 GO. sein soll und sich aufbaut auf die Gliederung der Mitgliedschaft nach Betrieben. Der Deutsche Arbeiterbund hat, wie uns geschrieben wird, den Zweck, wirtschaftlich, sozial und geistig die Lage seiner Mitglieder zu heben und einzutreten für Wahrung der Standes- und Berufsinteressen der deutschen Arbeiter. Er will eintreten für ein politisch starkes, wirtschaftlich kräftiges, einiges Deutsches Reich, für eine zielbewußte Sozial- und Kulturpolitik, gute Arbeitslöhne und angemessene Arbeitszeit unter Anerkennung der berechtigten Interessen anderer Berufsstände. Seinen Mitgliedern gewährt der Deutsche Arbeiterbund auf der Grundlage der Selbsthilfe Kranken- und Sterbegeld, Wöchnerinnenunterstützung, Erwerbslosenfürsorge, Rechtsschutz usw. Der neuen Arbeiterorganisation haben sich im Ruhrgebiete Frankfurt, Thüringen, Hannover, Provinz Sachsen usw. bereits große Teile der Arbeiterschaft angeschlossen.

Kleine Nachrichten

Czernin schwer erkrankt. Wien, 7. Januar. Der ehemalige Minister des Auswärtigen Graf Ottokar Czernin ist an einer akuten Blinddarmentzündung erkrankt. Graf Czernin wird sich heute einer Operation unterziehen müssen.

Demokratie und Landwirtschaft. Noch rechtzeitig vor den Wahlen erschien soeben im Verlage von Wendt u. Klauwell in Langensalza die zweite Auflage des Buches Arnstadt, Demokratie und Landwirtschaft. Der Verfasser, dessen Name den Großthüringern als erster Kandidat der Deutschnationalen bekannt ist, berücksichtigt in seinem Buch auch die allerneuesten Ereignisse und gibt so einen ausgezeichneten Führer in der Wahlbewegung ab, wozu die Klarheit und Einfachheit der Sprache und die scharfe Beweisführung ihr Wesentliches beitragen, so daß das Buch von Freund und Feind nur mit Nutzen gelesen werden kann. Der billige Preis (1,25 M.) ermöglicht die Anschaffung.

Allgemeiner Setzerstreik in Berlin. Berlin, 7. Januar. Für heute nachmittag wird ein allgemeiner Setzerstreik erwartet, so daß also voraussichtlich nur „Die Freiheit" und „Die Rote Fahne" erscheinen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901091-19/fragment/page=0003

Stadttheater in Halle

„Die lustigen Weiber von Windsor" von O. Nicolai.

Daß unsere Theaterleitung Otto Nicolais reizende Oper wieder auf den Plan gesetzt hat, ist außerordentlich lobenswert. Und noch verdienstlicher wäre es, wenn nun endlich einmal die „Meistersinger von Nürnberg", auf die unsere Theaterbesucher mehrere Jahre verzichten mußten, wieder bei uns einzögen. Sie sind doch ein Wert, an dem sich deutscher Sinn und deutsches Fühlen innerlich aufrichten können. Die Oeffentlichkeit würde Wagners Meisterstück zweifellos mit großer Freude begrüßen und ihm eine mindestens ebenso freundliche Aufnahme bereiten, wie am Dienstag den „lustigen Weibern".

In allen Hauptsachen war die Aufführung von Nicolais Oper des Beifalls würdig, der gespendet wurde, und an dem Kapellmeister Oskar von Pander und Spielleiter August Roesler gleichen Anteil erwarben. Feinere Ausarbeitung hätten von Anfang an die zierliche Rhythmik und die Abschattungen der Stärkemaße vertragen. Ueberhaupt begleitete das Orchester, das sonst recht tüchtig und auch wohlklingend seine Aufgabe erledigte, vielfach zu handfest; eine Klage, die schon oft erhoben werden mußte. Die Singstimmen wollen doch auch zu ihrem Recht kommen. In der Ausstattung war das meiste zweckmäßig und gut. Merkwürdigerweise war für Fentons schöne Romanze im zweiten Aufzug wieder wie früher eine Mondscheinlandschaft gewählt. Das paßt nicht zum Text und nimmt zum Nachteil des Ganzen die romantische Wirkung des Schlußbildes voraus. Der Falstaff ist eine Gestalt, um deren komischen Eindruck sich Dichter und Tonsetzer mit vollem Erfolg bemüht haben. Die Gegensätze in seinem Wesen: hier Prahlerei — dort hasenherzige Feigheit, hier eitle Gedenkpfiffigkeit — dort große Plumpheit, hier verliebtes Schöntun — dort lockeres Zechertum usw. sind köstlich erfunden und gaben dem Künstler vollauf Gelegenheit zur Entfaltung seiner Gaben. Cornelius Bard verlieh sich zunächst noch auf die mächtigen Hülfen Nicolais bezw. Shakespeares. Er hat aber gute Grundlagen einer entwickelungsfähigen Auffassung und sang gut und geschmackvoll, allerdings ohne eindringende charakteristische Färbung. Ausgezeichnet verkörperte August Roesler den Bürger Reich, eine Figur, die oft dernachlässigt wird. Als schauspielerische Leistung war auch der ewig eifersüchtige Fluth Georg Westernhagens sehr ansprechend. Um die Titelheldinnen bemühten sich Elisabeth Schwarz und Henriette Böhmer mit gutem Gelingen. Die erstere hatte als Frau Fluth sehr erfreuliche Fortschritte in der Darstellung aufzuweisen. Musikalisch war sie von wohltuender Sicherheit, obschon ihrem Ton etwas mehr hinreißende Ausdruckskraft zu wünschen wäre. Für die Anna Reich ist eigentlich ein in Jugendfrische prangender Sopran notwendig. Selbst die Kunst Dina Mahlendorffs vermochte nicht, dieses Erforderniß vergessen zu machen. Die beiden verschmähten Liebhaber — der Dr. Cajus Kurt Schreibers und der Junker Spärlich Hans Barons — übertrieben etwas, bereiteten jedoch den Zuhörern viel Vergnügen. Dr. W. Kaiser.

*

— **Tanzabend Fiamette Hildegarde.** In der Zeit der Herrschaft des Pöbels und der Maschinengewehre sich von der holdesten der Künste, der Kunst Terpsichorens etwas vorgaukeln zu lassen, an der Stelle, wo sich sonst an Wahlreden und Parteiprogrammen die politischen Leidenschaften entflammen, ein anmutvolles junges Weib herrschen zu sehen, erscheint jetzt wie das Erklingen einer fernen, süßen Melodie beim Toben der Volksmassen und Knattern der Gewehre. Fiamette Hildegarde, in ihrer Frische und Natürlichkeit ein sehr sympathisches Wesen, hat in ihrem Tanzabend am Dienstag sehr Vieles und sehr Gutes. Neben der unumgänglichen technischen Ausbildung als Tänzerin, die man bei ihr als eine vollendete bezeichnen muß, besitzt sie vor allem ein ausgeprägtes Gefühl für die feinsten Andeutungen des Rhythmus. Etwas, worin wschechte Oesterreicherinnen doch zumeist ihre deutschen Kolleginnen übertreffen. Selbst wenn Hildegarde einmal sekundenlang still steht, der Rhytmus der Musik durchbebt doch ihren Körper, mag er auch nur in einer Schulter zum sichtbaren Ausdruck gelangen. Leidenschaft und Temperament liegen ihr in gleicher Weise gut wie Zartheit und Zierlichkeit. Als glänzende Spitzentänzerin zeigte sie sich in Chopins Grand Valse und im Biedermeiertanz, als Barfußtänzerin mit einem schlangenhaft geschmeidigen Körper beim Bravourtanz-Springtanz, als indianischer Wildkatze war der Indianertanz, sehr eindrucksvoll (so sehr, daß er wiederholt werden mußte), der Schlangentanz, bei dem man, lediglich durch ihre Arm- und Körperbewegungen, den täuschenden Eindruck empfing, ihr Körper wäre wirklich von Schlangen umgeben. Ganz entzückend aber wirkte das Rokoko Louis XV. in seiner duftigen Zartheit und Zierlichkeit, als wäre ein Nippes-Figürchen aus einer Schäferszene lebendig geworden, so unwirklich graziös trippelte sie einher. Voll antikem Pathos waren ihre Bewegungen und Schritte im antiken Gewand, dionysischer Uebermut dagegen erfüllte sie als blumenbekränzte Bayadere beim Bacchanale. An Liszt's II. Ungarischer Rhapsodie wußte sie, mit ihrem Tanz deutlich zu machen, wieviel unendliche Schwermut der weiten Steppe neben Ausbrüchen feurigster Leidenschaft in dieser Musik steckt. Besondere Erwähnung verdienen noch die stets dem Charakter der Tänze und ihrer Musik vollen feinsten Geschmackes angepaßten Kostüme. Kanigs.

— **Das 4. Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters** findet unter Leitung des Kapellmeisters Karl Nöhren heute Donnerstag abend 8 Uhr im Zoologischen Garten statt. Da die vortrefflich gewählte Vortragsfolge ausschließlich Werke der ersten Tonmeister Mozart, Smetana, Liszt und Wagner enthält, kann der Besuch dieses Konzertes allen Musikfreunden wärmstens empfohlen werden. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark für die Person; Inhaber von Dauerkarten für den Zoo und das Bad Wittekind haben freien Zutritt.

Provinz Sachsen

Aus der Deutschnationalen Volkspartei

Eisleben, 7. Januar.

Die zweite öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei hatte einen derartigen Zustrom, daß der überfüllte Saal geschlossen werden mußte. Die anwesenden Sozialisten versuchten die Versammlung zu stören, die einen stürmischen, erfolgreichen Verlauf nahm.

*

d. **Halberstadt, 8. Jan.** (In der Stadtverordnetenversammlung) wurde der bisherige Vorstand (Vorsteher Kommerzienrat Klamroth), Schriftführer Steuerinspektor Tent, Schriftführer Kaufmann Hünemöder) wiedergewählt. Dann wurde die Vereinigung der Kaufmann Behrens-Stiftung in Höhe von einer Viertelmillion zu Zwecken der Säuglingspflege mit der Moritzenbaustiftung der Frau Wulff vereinigt; danach soll auf dem Grund des früheren Johannesklosters nicht nur ein Waisenhaus, sondern auch ein Säuglingsheim errichtet werden. Stadtr. Meyer, der Leiter der Abfallsammelstelle, berichtete über die Tätigkeit der A.-B.-A. und stellte fest, daß in der Zeit vom Dezember 1917 bis jetzt beinahe 34 000 Mk. gesammelt sind, von denen 25 000 Mark der Stadt für Zwecke der Jugendfürsorge zur Verfügung gestellt wurden, der Rest bereits für wohltätige Zwecke verausgabt ist. Am Schluß der Sitzung fragte Stadtr. Tent an, welche Maßnahmen die Stadt zu ergreifen gedenke, um den überhandnehmenden Diebstählen und Einbrüchen zu steuern. Oberbürgermeister Dr. Gerbordt führte an, daß die Kriminalistik auch in anderen Städten steige und daß unsere Kriminalpolizei ganz auf der Höhe sei. Dr. Crohn bezeichnete diese bedauerliche Zunahme des Verbrechens als eine unbermeidliche Begleiterscheinung des Krieges. Mit der Versicherung, daß neben den zurückkehrenden Polizeibeamten auch noch eine Anzahl Hilfsbeamte im Dienst behalten werden sollten, gab sich der Antragsteller zufrieden.

— **Aschersleben, 8. Jan.** (Ein Sanatorium.) Villa Douglas ist an den Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe, Frauenarzt Dr. Kunhsch, Marine-Stabsarzt d. Res. aus Potsdam, verkauft worden. Der Käufer beabsichtigt in dem geräumigen Gebäude ein Sanatorium für Frauenleiden zu errichten.

— **Magdeburg, 8. Jan.** (Lohnbewegungen.) Eine Lohnbewegung der Gasthausangestellten ist auch in Magdeburg ausgebrochen. Nach einer Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirts-Organisationen von Magdeburg und Umgebung, haben die Gastwirte den Kellnern ein festes Gehalt von monatlich 300 Mark angeboten und ihnen zur Abschaffung des Trinkgeldes anheimgestellt, der Forderung eines Bedienungsgeldes in Höhe von 10 Prozent vom Umsatz zuzustimmen, was in den Lokalen bekanntgemacht werden sollte. Diese Angebote wurden aber von den Kellnern abgelehnt und statt dessen Löhne von 90 bis 150 M. pro Woche verlangt. Man hofft jedoch, daß noch eine Einigung zu erzielen ist.

— **Schönwerda, 8. Jan.** (Mitterwahl.) Die Wahl des Gutsbesitzers Friedrich Klebhold zum Ortsrichter hiesiger Gemeinde hat die Bestätigung der Behörde nicht gefunden, da der Vater des Gewählten Schöppe ist, und Vater und Sohn nicht zu gleicher Zeit dem Ortsvorstand angehören dürfen. Bei der nun heute anberaumten Wahl wurde von der Gemeindevertretung Gutsbesitzer Friedrich Jahn zum Ortsrichter hiesiger Gemeinde gewählt.

n. **Cöthen, 8. Januar.** (Die Wohnungsverhältnisse), die hier bisher noch einigermaßen erträglich waren, haben sich in den letzten Monaten ganz wesentlich verschlechtert. Noch im vergangenen Jahre überwog das Angebot die Nachfrage, wenn auch nur um ein geringes, jetzt aber ist es bereits umgekehrt. Nach dem Januar-Termin ist keine Wohnung unbenutzt geblieben, verschiedene Familien haben keine Wohnung gefunden, andere, die hier zugehen wollten, mußten davon Abstand nehmen, da sie kein Unterkommen finden konnten. Diese Verhältnisse haben nun zu einem sehr regen Grundstückswechsel geführt. Jeden Tag werden vor dem Grundbuchamt einige Häuserkäufe vollzogen und die Geschäfte der Grunbstücksmakler blühen wie noch nie. Die meisten Käufer erwerben Häuser nur, um sich eine Wohnung zu sichern. In einigen Fällen sind sie aber auch damit nicht zum Ziel gekommen, denn die Mieter, die dem neuen Wirt Wach machen sollten, bekamen keine Wohnung, weigerten sich auszuziehen und das Mietseinigungsamt gab ihnen recht.

— **Rumsdorf, 7. Jan.** (Frauenversammlung.) Hier fand zum ersten Male eine politische Frauenversammlung, einberufen vom hiesigen Vaterländischen Frauenverein, statt. Die Rednerin, eine Dame aus Halle, sprach über das Wahlrecht und über die Pflicht der Frau, an den Wahlen teilzunehmen. In objektiver Weise zeichnete sie noch knapp die Stellung der verschiedenen Parteien. Lehrer Recke dagegen sprach ein „verschleierteres" Loblied auf die Sozialdemokratie. Seine Polemik wurde in den Kreisen des Frauenvereins bedauert.

Ammendorf, 7. Jan. (Hochwasser.) Die Gisser und Saale führten infolge der letzten reichlichen Niederschläge Hochwasser und haben einen Teil des Anengeländes überschwemmt.

„H. Z."-Sportberichte

— **Sportlicher Tageskalender.** In der Tennisabteilung des F. C. 96 findet am kommenden Donnerstag, den 9. Januar, abends im Klubhause am Angerweg ein Vortrag des Redakteurs F. Querfurt von der Sportredaktion der Hallescheen Zeitung über das Thema „Vom Rhein bis zu den Alpen" statt.

* **V. R. Hohenzollern in Merseburg** hielt kürzlich seine Generalversammlung ab. In den Vorstand wurden gewählt: O. Hottenroth, Vorsitzender; M. Wolff, Schriftführer; C. Eisenbut, Kassierer u. Kampfrad als Beisitzer.

— **Ein mitteldeutscher Schwimmerbund.** Der Sächsisch-Thüringische Schwimmerbund, bestehend aus den Schwimmvereinen Neptun-Leipzig, Poseidon-Merseburg, Wacker-Naumburg, Weißenfels und Wenigenjena und die Vereinigung Sächsisch-Thüringischer Schwimmvereine, die sich bekanntlich im Sommer 1910 voneinander trennten, wollen sich nunmehr dem „Deutschen Schwimmer" zufolge zu einem Mitteldeutschen Schwimmerbund zusammenschließen.

— **Der Magdeburger Renn-Verein** hat an den Union-Klub eine Eingabe gemacht, für die kommende Versammlung behufs Neuerungen im Renn'port wie stets nur die Renn-Vereine aufzufordern, nicht aber die Züchter, Rennstallbesitzer usw. Auch bekannte Züchter Friedheim-Görlebe mendet sich in einem Eingesandt an die Sportwelt ganz bedingungslos auf die Seite der Technischen Kommission des Union-Klubs.

Aus dem Gerichtssaal

Strafkammer in Halle.

Der Hilfsweichenst. Ler Hermann J. und seine Ehefrau Luise waren der Kuppelei beschuldigt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je einem Jahre Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust; gegen die Ehefrau wurde außerdem auf sofortige Verhaftung erkannt.

Die Ehefrau Friederike D. war angeklagt, im Oktober 1918 in Könnern von einem Acker reichlich 4 Zentner Kartoffeln gestohlen zu haben, die bei einer Haussuchung in ihrem Keller vorgefunden wurden. Die Angeklagte behauptete, sie habe die Kartoffeln gestopelt, der bestohlene Eigentümer des Ackers hat aber die vorgefundenen 4 Zentner einer Sorte, die aus den vorhandenen etwa 6 Zentner ausgesucht worden waren, als sein Eigentum erkannt. Das Gericht war von der Schuld der Angeklagten trotz ihres Leugnens überzeugt und verurteilte sie wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Der achtzehnjährige Eisenbahnarbeiter Peter J. war angeklagt und geständig, am 18. November 1918 früh ½7 Uhr im Warteaal des Bahnhofes einem Lehrlinge, der dort eingeschlafen war, einen Koffer mit Inhalt im Werte von etwa 80 Mark gestohlen zu haben. Da er sich sowohl im Gefängnis als auch dem Gerichte gegenüber den Namen K. beigelegt hatte, so mußte auch seine Verurteilung wegen intellektueller Urkundenfälschung erfolgen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen der beiden Straftaten zu einer Gesamtstrafe von fünf Monaten zwei Wochen und brachte hiervon fünf Wochen der Untersuchungshaft als verbüßt in Anrechnung.

Der zwanzigjährige Max St. war der schweren Urkundenfälschung und der versuchten Erpressung beschuldigt. Der noch nicht bestrafte und geständige Angeklagte hatte es verstanden, durch eine Karte und ein Schreiben vom Amtsgerichte einem auswärtigen Landwirte zwei Pferde abzulocken, die er an einen hiesigen Pferdehändler zu verkaufen gedachte; es ist aber bei dem Versuche geblieben. Die Karte wie auch das Schreiben des Amtsgerichtes hatte er selbst angefertigt und es durch einen Boten vorzeigen lassen. An denselben Landwirt hatte er einen Brief gerichtet, in dem er unter Drohung mit einer Anzeige in verstellter Weise 5 Zentnerzitrt erpressen wollte; auch dieser Anschlag mißlang. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände dem Antrage der Staatsanwaltschaft entsprechend zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Volkswirtschaft

Das Wirtschaftsjahr 1918

Wieder ist ein Jahr zur Neige gegangen: das Jahr 1918, das ein schwarzes Blatt in Deutschlands Geschichte bildet. Vier Jahre hat unsere Wehrmacht den äußeren Feinden einer halben Welt widerstanden, um dann vor dem inneren Feinde die Waffen zu strecken. Der dadurch hervorgerufene politische Umsturz mußte notwendigerweise auch unser Wirtschaftsleben erschüttern. Im ersten Halbjahr verlief die geschäftliche Tätigkeit im allgemeinen recht befriedigend, getragen von der Hoffnung auf ein baldiges und günstiges Kriegsende. Dann kam, gleichsam über Nacht, der Umsturz. Auf der einen Seite die harten Waffenstillstandsbedingungen, auf der anderen die exorbitanten Lohnsteigerungen bei abgekürzter Arbeitszeit. Dabei der Zwang, alle aus dem Heeresdienst Entlassenen wieder an ihre alten Arbeitsstätten einzustellen, trotzdem es an Arbeit und Rohmaterial mangelt. Würden die jetzigen politischen Machthaber die tatsächlichen Verhältnisse nicht durch die Parteibrille ansehen, so müßte ihnen zum Bewußtsein kommen, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist. Und das Ende vom Liede ist Arbeitslosigkeit von Millionen mit all ihren Folgen. Dann bleibt den betörten Massen nichts anderes übrig, als auszuwandern, um bei unseren Feinden für kärgliche Löhne um Arbeit zu betteln! Die Umstellung der industriellen Betriebe von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft hat sich im großen ganzen ohne allzuviel Schwierigkeiten vollzogen, nur hat sich gezeigt, daß die Maschinen vielfach außergewöhnlich stark abgenutzt sind und einer Erneuerung bedürfen. Für die produktiven Anlagen reguläre Beschäftigung schaffen und gewaltsame Störungen, wie Streiks fernzuhalten, ist das Gebot der Stunde. Der Handel bedarf neben Erschließung neuer Absatzgelegenheiten vor allem die Möglichkeit zu freiem Wettbewerb, also Aufräumen mit den Kriegsgesellschaften. Es ist Pflicht, den Zwischenhandel wieder zu seinem Recht zu verhelfen. Gewerbe und Kleinhandel haben wohl am wenigsten Anlaß, 1918 als ein gutes Geschäftsjahr zu buchen. Das Gewerbe litt einmal unter der Knappheit der anormal teuren Rohmaterialien. Der Kleinhandel hat zum Teil wohl an „Kriegsgewinnlern" einen guten Abnehmerkreis gehabt, dagegen war die breite Masse wenig kauffräftig, namentlich im letzten Vierteljahr. Das heurige Weihnachtsgeschäft ist im breiten Durchschnitt genommen, nur mittelmäßig verlaufen.

Die Wirtschaftslage an sich ist durchweg eine ungünstige gewesen. Dies kommt vor allem in den Geldverteuerungen zum Ausdruck. Deutschlands Papiergeldumlauf beziffert sich im verflossenen Jahre auf rund 30 Milliarden Mark, ein Betrag, der das Normale in ganz außergewöhnlichem Maße übersteigt. Hierzu kommen die inneren Lasten, die Liquidierung des Krieges, Entschädigung an unsere Feinde und Unterstützungen für Kriegsinvaliden und Waisen, sowie Renten für Kriegsbeschädigte. Für die Entwertung unseres Geldes spricht am besten die niedrige Valuta der Reichsmark im neutralen Auslande. Eine wesentliche Besserung dieses Zustandes kann erst die Belebung des deutschen Außenhandels bringen. In dieser Hinsicht sind wir ganz von der Gnade unserer Gegner abhängig. Im Gegensatz zu der Geldentwertung stand das auf schwindelnder Höhe angelangte Preisniveau aller Artikel. Die Börse als Gradmesser unseres Wirtschaftslebens möchte das Jahr 1918 am liebsten aus ihrer Geschichte auslöschen. Vor allem gilt dies von dem Effektenmarkt. Dem unterbrochenen Aufstieg der Kurse aller Dividendenpapiere folgte durch die folgenschweren kriegerischen und politischen Ereignisse ein jäher Absturz, der zu Millionenverlusten geführt hat. Den ersten Anstoß gab der bulgarische Abfall. Der dadurch verursachten Panik an den Börsen ist allerdings durch das sogenannte Interventionsfyndikat der Banken ein Damm entgegengesetzt worden. Dann folgte der politische Umsturz in den Novembertagen, der die Börsen in ihren Grundfesten erschütterten ließ. Die Dividendenpapiere erfuhren fast ohne Ausnahmen Wertverminderungen, die nicht nur die während des Krieges erzielten Kursgewinne völlig aufzehrten, sondern darüber hinaus wesentliche Verluste brachten. Die festverzinslichen Papiere sind von der Devaluation an der Börse weniger getroffen worden, eine neue Warnung insbesondere an den Kleinkapitalisten, in welchen Werten er sich Geld anlegen soll. Die Aussichten für den Geldmarkt sind am Jahresschluß noch völlig ungeklärt. Es hängt alles von dem Verlaufe der Friedensverhandlungen bzw. der daraus resultierenden geldlichen Verpflichtungen sowie der Gestaltung der Dinge im Inneren des Landes ab. Dann heißt es aber für die jetzt Herrschenden, in ihren Forderungen manchen Pflock zurückstecken. Wie denkt man sich z. B. die Sozialisierung von Wirtschaftsbetrieben angesichts des jetzigen Arbeitsmangels, der Geldentwertung und der Krediteinbuße im Ausland? Das klingt alles sehr schön und verlockend, aber jetzt heißt es erst Arbeitsmöglichkeiten schaffen. — „Ohne Arbeit kein Brot!"

*

* **Der Achtstundentag und seine Folgen.** Die Gewerkschaft „Michel" weist in einem längeren Artikel als Antwort auf ein in einer Zeitung erschienenes Eingesandt darauf hin, daß der Achtstundentag im Geiseltal, um die Friedensförderung auf den Gruben zu erreichen, die Einstellung von 10 000 Arbeitern mehr notwendig macht, für die keine Wohnung vorhanden ist. Zur vollkommenen Behebung der Wohnungsnot müßte für siebzig Millionen Mark gebaut werden. Das ist aber mehr als der heutige Wert der Kohlenfelder des ganzen Geiseltales. Die Werke können also das notwendige Geld nicht aufbringen. Es sind Verhandlungen eingeleitet, auf dem Wege der Siedelung durch öffentliche Mittel die Wohnungsnot zu verringern. Vor der Hand wird derselben durch Schlafhäuser begegnet. Um es den Arbeitern aus der Umgegend zu ermöglichen, daß sie nach getaner Arbeit zu ihren Familien zurückkehren können, verkehren Züge im Geiseltal, die die Arbeiter unmittelbar zum Schichtanfang nach den Gruben des Geiseltales hin und auch zurück befördern.

* **Ein Arbeitgeberverband** der chemischen Industrie Mitteldeutschlands ist gegründet. Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Arbeitgeber-Verbandes der chemischen Industrie Mitteldeutschlands, Magdeburg, Alte Ulrichstraße 17.

* **Die Sachsenburger Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei in Sachsenburg-Geldrungen,** die demnächst nach langen dividendenlosen Jahren in Liquidation tritt, ist von dem Direktor der Gesellschaft K. Löhre käuflich erworben worden.

* **Eine Feststellung.** Man schreibt uns: Herr Carl Bobe aus Oerlinghausen hat an zahlreiche Adressen Einladungen zu einer Besprechung am 13. d. Mts. im Hause des Vereins deutscher Ingenieure zu Berlin ergehen lassen. Die Einladung erweckt den Eindruck, als würden die Bestrebungen des Herrn Carl Bobe vom Verein deutscher Ingenieure und dem Normenausschuß der deutschen Industrie gebilligt und unterstützt. Beide Körperschaften legen Wert darauf, festzustellen, daß sie weder mit Herrn Carl Bobe noch mit der in der Einladung genannten Deutschen Volkswirtschaftsreform von Franz Hoffmann in Halle a. Saale zur Errichtung eines Reichsenergiegewinnungsmonopols das Geringste zu tun haben. Die Besprechung findet daher auch nicht im Hause des Vereines deutscher Ingenieure statt.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft: Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Karl Kerkau; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallescheen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Voesch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901091-19/fragment/page=0004